

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich nachmittags um 3 Uhr. Bezugspreis monatlich 2 RM. frei Haus, bei Bestellungen über 6 RM. zusätzl. Postgebühr. Einzelnummer 10 Pf. Alle Abonnenten, Postboten, unsere Kundinnen u. Geschäftskunden erhalten zu jeder Zeit einen besonderen Preis. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckarbeiten nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckarbeiten nicht verantwortlich.

Abdruckpreise laut amtlicher Preisliste Nr. 5. — Ziffer-Gehälter: 20 Wpf. — Verantwortl. für die Richtigkeit der Druckarbeiten: Amt Wilsdruff 206. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. — Bei Anfordern des Preisverzeichnisses ist die Möglichkeit der Bestellung zu berücksichtigen. — Bei Anfordern des Preisverzeichnisses ist die Möglichkeit der Bestellung zu berücksichtigen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 271 — 94. Jahrgang Trobianschrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 21. November 1935

Japan im Vormarsch.

Japan ist dabei, seinen militärischen und wirtschaftlichen Einfluß in Nordchina zu verfestigen und zu sichern. Zwar werden die fünf nordchinesischen Provinzen Hopei, Schantung, Schansi, Tschachar und Suijwan die politische Oberhoheit der Nanjingregierung auch formal weiterhin anerkennen, aber die dem Autonomen Ausschuss Nordchinas zugeteilten japanischen Berater werden schon dafür sorgen, daß die linke Flanke des mandchurischen Staates genügend militärisch und wirtschaftlich gesichert wird.

Die imperialistischen Bestrebungen Japans sind ja eigentlich schon lange kein Geheimnis mehr. Brachte der eigentliche Vertrag vom 23. März 1935 die Ostasienabahn in japanischen Besitz, so beweist Japans Vordringen in Nordchina, daß, da die Basis „innere Mongolei“ ja schmal ist, eine weitere Flankensicherung und Organisation des Widerstandes gegen Sowjetrußlands Vordringen in Ostasien unerlässlich ist. Denn Japans Interessen werden, wie jeder Blick auf die Karte zeigt, von der russischen Fange, die ihre Hebel zwischen Wladivostok und der ängeren Mongolei hat, bedroht.

Japan läßt sich Zeit, um sein weitestgehendes Ziel, „Asien den Asiaten“, zu erreichen. Mit unerbittlicher Hartnäckigkeit geht das japanische Militär vor. Korea, Tschschol und Tschachar waren die ersten Stappen auf dem japanischen Vormarsch in Ostasien. In ihrer Eroberung brachte Japan dreißig Jahre. Weder das zaristische noch das neue Rußland, weder der Völkerbund noch Amerika oder die europäischen Großmächte konnten diesen japanischen Vorstoß verhindern. Es kam nicht einmal zu einem Versuch. Zielbewußt setzt Japan jetzt seinen Weg weiter fort. Gegenwärtig sucht es Nordchina unter seinen Machtseinfluß zu bringen. Weiter taucht es sich nach Siam vor, das als letzter unabhängiger Staat zwischen Frankreich und Britisch-Indien liegt, sowie nach Aboresien (japanische Baumwollplantagen), das als natürliche Übergangsstelle an einem der empfindlichsten Punkte des europäischen Kolonialgebietes befindet. Aber das sind mehr lockere kolonialistische Fährten. Zunächst führt der Weg der japanischen Politik von Tschachar in die innere Mongolei, und von hier vielleicht weiter nach Chinesisch-Turkestan und Tibet, die zweifellos die Schlüssel zum Besitz Asiens darstellen.

Aber das sind Gefahren, die sich erst am ferneren Horizont der Weltpolitik abzuzeichnen beginnen. Die militärischen und politischen Agenten Japans arbeiten zunächst daran, die japanischen Ausbreitungsmöglichkeiten in Mandschurien, in Nordchina und in der inneren Mongolei zu vergrößern. Der Druck auf China wird sich nicht vermindern, und die Kriegsbereitschaft gegenüber der Sowjetunion wird keine Einbuße erfahren. Die japanische Aktion in den fünf nordchinesischen Provinzen Hopei, Schantung, Schansi, Tschachar und Suijwan stellt nichts anderes dar, als die politische Front gegen die Bolschewisten zu verlängern.

Aber der wirtschaftliche Gesichtspunkt ist vielleicht noch härter als der politische. Japan, ein industrialisiertes Land ohne eigene Rohstoffe, ein überhöbertes Land, muß sich die ergänzenden Rohstoff- und Marktgebiete anderswo suchen. Es hat zu seiner wirtschaftlichen und politischen Ausbreitung den naheliegenden Weg auf dem asiatischen Festland beschritten und geht ihn fort. Die Japaner sehen für sich ein riesiges Tätigkeitsfeld hinter Tientsin, das der Erschließung harret, und sie verweisen dabei auf ihre Tätigkeit in Mandschurien. Sie sprechen nicht von Okkupation oder Annexion — worauf das japanische Vorgehen doch letzten Endes hinausläuft —, sondern sie verdrängen ihr imperialistisches Vorgehen mit so schönen Worten wie „wirtschaftliche Modernisierung“ und „Erschließung“ Nordchinas.

Und die Chinesen? Und die Nanjing-Regierung? Und Marshall Tschiangkai-shek? Der Chinese beugte sich jedesmal dem japanischen Willen. So war es in der Mandschurei. So wird es in Nordchina sein. Es spielt wohl dabei auf chinesischer Seite die Erwägung eine große Rolle, daß Japans Eingreifen in Nordchina sich weniger gegen China als vielmehr gegen Sowjetrußland und seine westrevolutionären Ideen richtet und damit der Sache Chinas und der inneren Beruhigung dieses Landes dient. Der Chinese rechnet vielleicht auch damit. Sollten die Japaner bei einer russisch-japanischen Auseinandersetzung Sieger und dann in Mandschurien und Nordchina Herren bleiben, dann wird einst die Zeit kommen — denn der Chinese rechnet nicht mit dem Augenblick, er denkt in Jahrhunderten und Generationen —, wo chinesisches Volkstum, das in diesen Gebieten aufzfließt, den fremden Eroberer, wie einst die Mandchus, aufgefangt haben wird.

Das Volk hat sich zum Führer bekannt, Befehle dich zum Volk und spende! Uns' alle umschleßt ein brüderlich Band: Dann geht auch die Not bald zu Ende.

Max Barthel.

„Wir machen jetzt selbst Politik!“

Dr. Goebbels sprach zu 50000 Hamburgern.

Gewaltige Kundgebung in der Hanseatenhalle.

Auf einer Kundgebung von eindrucksvoller Wucht sprach Reichsminister Dr. Goebbels in der Hamburger Hanseatenhalle zu 50000 Menschen. Schon seit Wochen waren alle Plätze der riesigen Halle ausverkauft. Vor der Halle und in den umliegenden Straßen stauteten sich Zehntausende, die die Rede des Reichspropagandaleiters durch Lautsprecher hörten.

Es wird immer eine gewisse Schicht von ewigen Kritikalisten geben, so betonte Dr. Goebbels in seiner Rede. Sie wissen auch heute wieder, wie man die Butterknappheit überwindet und wie man zu großen Mengen Schweinefleisch kommt. Die Zeit geht über diese Kritikalisten hinweg. Sie wird gestaltet von Männern, die ihren Namen in das Buch der Geschichte eintragen und denen es gelang, das Volk für ihre Ideale zu begeistern. Das deutsche Volk ist wieder zur Befähigung gekommen, es hat sich wieder in den Kreis der Großmächte hineingestellt. Wir sind wieder eine souveräne und freie Nation.

Mit Deutschland wird jetzt nicht mehr Politik gemacht, sondern Deutschland macht jetzt selbst Politik.

Während die Welt in Unruhe liegt, während Krisen, Streiks, Aufstände und Revolutionen die Völker erschüttern, ist Deutschland eine Insel der Ordnung und eine Zelle der Disziplin geworden.

Dr. Goebbels rechnete sodann mit den Leuten ab, die da sagen: Mit Hitler sind wir einverstanden, aber — die kleinen Hitler tragen heute noch das Gebilde der Partei und des Staates. Es kann nicht bezweifelt werden, daß Deutschland in seiner Geschichte niemals so viele mutige und idealistische Männer gefunden hat wie in den vergangenen Jahren. Die alten Parteigenossen haben auf vieles verzichtet, nur um einem Ideal zu dienen. Sie kamen zu uns in einer Zeit, als es bei uns nichts anderes zu holen gab als Verfolgung und Gefängnis. Wir müssen uns daher dagegen verwahren, wenn der Spießer über diese

Männer rümpelt. Sie können heute angesichts des großen Aufbaues des neuen Deutschlands sagen:

Das ist unser Werk, wir waren die ersten Bataillone!

Zur Butterknappheit erklärte der Reichspropagandaleiter: Wir wissen alle, daß unsere Devisenvorräte zur Bezahlung der für die Arbeitsbeschaffung notwendigen ausländischen Rohstoffe gebraucht werden. Wenn wir fünf Millionen Volksgenossen wieder in Arbeit gebracht haben, so ist es klar, daß diese fünf Millionen auch mehr Nahrungsmittel konsumieren. Würden wir dieses Mehr an Butter nun im Ausland kaufen, dann müßten wir auf die Einfuhr der notwendigen Rohstoffe verzichten und so die Arbeitsbeschaffung hemmen.

Wir lehnen es ab, uns im Ausland Geld zu pumpen und dafür Butter zu kaufen.

um später der nächsten Generation die Schulden zu hinterlassen. Es wird auch in Zukunft notwendig sein, zeitweilig solche Einschränkungen auf uns zu nehmen, wenn beispielsweise eine Missernte sich ergibt. Wir haben aber den Mut, derartige Krisen zu überwinden, und wir haben nicht die Absicht, unsere großen nationalen Aufgaben zu vernachlässigen und die Nerven zu verlieren. Erst kommt die Freiheit, und aus der Freiheit entspringt eine hohe Kultur, nicht umgekehrt. Wir schaffen nicht nur für die Gegenwart, so fuhr Dr. Goebbels fort, sondern auch für die Zukunft, und unsere Nachwelt soll berechtigt sagen:

Sie haben anständig gehandelt.

Sie haben auf das Wohlleben der Gegenwart zeitweilig verzichtet und haben damit die Existenz der Zukunft gesichert! Das deutsche Volk weiß heute, daß wir keine eigenen Interessen, sondern nur die Interessen der deutschen Nation verfolgen. Das Volk hat die Überzeugung: Alles, was der Führer tut, tut er aus reinem Herzen, und er wird es zum Erfolg führen. Unter stürmischem Beifall schloß Dr. Goebbels: Wir wollen unsere ganze Kraft dem Aufbau unseres Staates und Volkes widmen. Jeder von uns ist an seinem Platz für diesen Aufbau verantwortlich. Und wenn wir einmal zu Staub verfallen, dann soll Deutschland leben und ewig weiterbestehen!

Frankreichs und Englands Antwort

auf die italienische Protestnote vom 11. November wird am Sonnabend veröffentlicht

Im Verlauf von Besprechungen des französischen Ministerpräsidenten mit dem italienischen Vizekanzler Cerruti hat Laval den Wortlaut der Antwort der französischen Regierung auf die italienische Protestnote vom 11. November überreicht. Der Wortlaut wird, wie nun endgültig feststeht, am Sonnabend der Öffentlichkeit übergeben werden. Zu gleicher Zeit wird auch der Wortlaut der englischen Antwortnote veröffentlicht, die im Laufe des Freitag in Rom überreicht worden ist.

Die französische Antwortnote umfaßt, wie man in gut unterrichteten Kreisen erfährt, etwas über zwei Schreibmaschinenseiten. Der Wortlaut soll in zuvorkommenden Ausführungen gehalten sein und keine neue politische Stellungnahme bringen. Das Schriftstück erklärt, daß von dem Augenblick an, wo der Völkerbundsrat und die Vollversammlung des Völkerbundes

trauen als Angreifer erklärt haben, der Artikel 16 der Völkerbundsstatuten in Kraft getreten sei.

In Anerkennung seiner Unterschrift habe Frankreich nicht anders handeln können, als sich den wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen anzuschließen.

Abschließend erklärte die französische Regierung in ihrer Antwortnote, daß sie inoffiziell die Hoffnung auf eine freundschaftliche Regelung aufbehalte, die den Feindseligkeiten ein Ende bereite, denen sich Italien infolge der internationalen Sühnmaßnahmen ausgesetzt sehe.

Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, wird die britische Antwortnote am Freitag entweder in London oder in Rom überreicht werden. Die Antwort wird der französischen Note in Form und Inhalt ähnlich sein. Der Abfassung der Note ist ein Austausch vorausgegangen.

Frankreichs Schaden durch die Sanktionen 1 1/2 Milliarden jährlich.

Die französischen Wirtschaftsverbände fordern Abfärzung der Sühnmaßnahmen.

Die Zeitung der französischen Royalisten, die „Action Française“, fordert die französischen Industriellen auf, ihre Wiedergutmachungsansprüche anzumelden, wenn sie in Verfolg der Sühnmaßnahmen gegen Italien finanziell geschädigt werden. Der wechselseitige Wirtschaftsverkehr zwischen Frankreich und Italien werde auch nach der Beilegung des augenblicklichen Streitfalles nicht wieder in vollem Umfang aufgenommen werden können. Man müsse also mit mindestens zehn Jahren rechnen, ehe der normale Zustand wieder hergestellt sei. Wenn man den durchschnittlichen Bruttoverlust auf jährlich 1 1/2 Milliarden beziffert, so ergebe sich ein Gesamtverlust von 12 Milliarden Franken.

Der französische Wirtschafts- und Zollauschuß, der einen großen Teil der französischen Wirtschaftsverbände umfaßt, hat angesichts der Rückwirkungen, die die Sühnmaßnahmen auf die französische Wirtschaft haben, ein Schreiben an die französische Regierung gerichtet, in dem er sie auffordert, nichts unberücksichtigt zu lassen, um die Dauer der Sühnmaßnahmen abzukürzen und den Ausfall, der sich daraus für die französische Wirtschaft ergibt, durch neue Abkommen mit anderen Ländern wieder gutzumachen.

Die Tür für Verhandlungen offen?

Mussolini hat in einer Nachsitzung des Großen Faschistischen Rates einen großen Bericht über die militärische und politische Lage gegeben. Da eine amtliche Verlautbarung nicht herausgegeben wurde, nimmt man in Rom an, daß Italien den Weg zu weiterem diplomatischem Gedankenaustausch offenlassen will.

Während der Sitzung des Großen Faschistenrates hatte sich trotz des strömenden Regens eine große Volks-